

Ich fürchte nicht den Tod, der mich zu nehmen
kümmt;

Ich fürchte mehr den Tod, der mir die Meinen
nimmt.

Mit diesen Worten beschrieb der Dichter Friedrich
von Logau im 17. Jahrhundert, was der Tod für ihn
bedeutet und was für eine Angst er in ihm auslöst.

Seine Worte zeigen eine wichtige Seite auf, die der
Tod den Lebenden offenbart:

Wir Menschen sind soziale Wesen und mit dem Tod
von Menschen aus unserer Umgebung, dem
Freundeskreis und der Familie geht auch ein Stück
unseres eigenen Lebens verloren.

Die Aufgabe von uns Lebenden ist es, das Andenken
an die Verstorbenen auch nach ihrem Abschied
lebendig zu erhalten und somit einen Teil ihres
Lebens weiter in uns zu tragen.

Am heutigen Tag haben wir uns daher hier versammelt, um gemeinsam an jene zu erinnern, die oft vergessen werden:

An die verstorbenen Drogenabhängigen.

Im Jahr 2014 waren es in Deutschland 1.032 Menschen. Das sind 3 Prozent mehr als 2013.¹

Wir sind heute nicht gekommen, um einer Statistik oder Zahlen zu gedenken, sondern den Menschen und ihren Schicksalen, die sich dahinter verbergen.

Jedes Leben erzählt hierbei seine eigene Geschichte und wäre es wert, sie heute zu erzählen.

Jede der 1032 Lebensgeschichten ist für uns alle, auch eine Mahnung: Denn es ist unbestritten, dass Menschen an Suchtstoffen sterben.

¹<http://blogs.taz.de/drogerie/2015/04/21/2014-wieder-mehr-drogentote/>

Aber weitaus mehr sterben Menschen auch an den Folgen der Ausgrenzung, die viele Drogenkonsumenten erleiden.

Es sind Tode, die vermeidbar sind. Die vermieden werden müssen.

Tode, die uns als Gesellschaft mahnen, dass wir Drogenkonsumenten helfen müssen, statt sie zu strafen.

Denn mit dem Weg der reinen Repression ist niemandem geholfen: 252, also gut jeder vierte der Drogentoten starb in Bayern. Einem Bundesland, in dem legale Fixerstuben als „Irrweg“ bezeichnet werden und in dem die Zahl der Rauschgifttoten um 42 Prozent in drei Jahren angestiegen ist.²

²<http://www.spiegel.de/panorama/justiz/drogentote-zahl-der-suchtopfer-in-bayern-steigt-weiter-a-1024153.html>

Dabei gehören niedrigschwellige Angebote wie Sprizentausch, Kontaktläden bis hin zu Konsumräumen zum Gesamtpaket der Schadensreduktion. Dies zeigt uns auch der alternative Drogen- und Suchtbericht 2015 auf.

Darüber hinaus stellen legale Angebote zur Substitution und Diamorphinabgabe einen wichtigen Beitrag zu Gesundheitsschutz und Schadensminderung für Drogenkonsumenten und verbessern deren Lebensqualität und ihre Lebenserwartung. In Baden-Württemberg konnten wir 2014 in Stuttgart die zweite Diamorphinabgabestelle in unserem Land eröffnen.

Sicherlich, das erste Ziel einer Suchtpolitik ist es, alle Menschen so zu stärken, dass sie ohne eine Sucht leben können, die ihr Leben bestimmt.

Konstantin Wecker, Liedermacher, Schauspieler, Autor und selbst jahrelang kokainabhängig formulierte einmal folgenden Satz: „Unter Drogen findet man nicht sich selbst, sondern nur seinen Schatten.“

Daran mag viel Wahrheit sein. Aber alle Menschen unter uns werfen einen Schatten. Auch wenn dieser unterschiedlich groß sein mag, können wir uns schwer von ihm trennen. Ein Menschen ganz ohne Schatten ist mir nur aus der Literatur bekannt: In Peter Schlemihls wundersamer Geschichte wird dieser seinen Schatten nur los, indem er ihn dem Teufel verkauft und erfährt als schattenloser Mensch ebenfalls mehr Ausgrenzung als Glück.

Obwohl unser erstes Ziel ein Leben ohne Abhängigkeit ist, müssen wir daher auch schauen, wie wir Menschen ermöglichen, mit ihr zu leben, solange es nicht anders möglich ist.

Denn kein Mensch ist gerne oder freiwillig süchtig,
weshalb Strafe hier nicht hilft.

Gesundheitsschutz und Schadensbegrenzung
hingegen sind wichtige Voraussetzung den Schritt in
die Gesellschaft zu schaffen.

Gerade die Personen, die hier diese wichtigen
Schritte gehen – seien es nun Drogenkonsumenten,
behandelte Ärzte und Betreuer- dürfen auf ihrem
Weg zu einer besseren gesellschaftlichen Teilhabe
(der Drogenkonsumenten) nicht auf verschlossene
Türen stoßen.

In vielen Fällen erschweren komplexe Gesetze und
Auflagen die therapeutische Praxis und den Versuch,
als Drogenkonsument Teil unserer Gesellschaft zu
sein.

Da ich als ausgebildeter Sozialpädagoge selbst über viele Jahre in der Suchtherapie in der Schweiz gearbeitet habe, weiß ich aus eigener Erfahrung, wie schwer der Umgang mit der Sucht für alle Beteiligten ist.

In Deutschland können wir hier von unseren Schweizer Nachbarn lernen, die schon sehr früh viele Verbesserungen für Konsumenten und Therapeuten umgesetzt haben, die sich auch in der Praxis bewähren. Es brauchte aber auch dort erst die Erfahrungen des „Needle Parcs“ Platzspitz für eine Umkehr der rein repressiven Politik.

Ogleich sich der Einfluss der Landespolitik in vielen Bereichen des Betäubungsmittelgesetzes und der bei der Substitution einschlägigen Betäubungsmittelverschreibungsverordnung als recht gering ausnimmt, beschäftigen wir uns natürlich mit der Frage, wie wir hier auch bei uns eine bessere Situation erzeugen können.

Erst im Juni (2015) hatte ich daher als suchtpolitischer Sprecher der Fraktion GRÜNE zu einem Fachgespräch Substitution eingeladen. Gemeinsam mit substituierenden Ärzten aus Deutschland und der Schweiz, Therapeuten sowie Vertretern aus Justiz und Krankenkassen konnten wir wichtige Erkenntnisse gewinnen.

Neben den rechtlichen Vorgaben aus dem Bund sind es oft auch praktische Fragen der Handhabung, die die Situation schwerer gestalten, als es sein müsste.

Gerne möchte ich Ihnen dies anhand eines einfachen Beispiels darlegen:

In vielen Fällen werden substituierende oder suchtgefährdete Haftinsassen am Wochenende entlassen. Auf diese Weise fällt es diesen Personen jedoch schwer, eine entsprechende Anschlusstherapie oder Betreuung sicher zu stellen, da diese Stellen im Regelfall nicht an Wochenenden erreichbar sind. Die Gefahr eines Rückfalls und der Überdosierung ist in diesen Situationen massiv erhöht.

Daher habe ich mich bereits an das Justizministerium gewandt, um zu sehen, ob sich das Haftentlassungsmanagement auch bei der gegenwärtigen Gesetzeslage nicht pragmatisch im Sinne der betroffenen Menschen handhaben lässt.

Ich hoffe, dass wir hier in Baden-Württemberg eine Verbesserung auf den Weg bringen können, die klein im Aufwand, jedoch groß in der Wirkung für Betreuungsbedürftige sein können.

Auch die Lage der Ärzteschaft möchte ich an dieser Stelle erwähnen: Immer weniger Ärzte erwerben eine Zusatzqualifikation zum Substitutionsarzt. 2005 gab es noch 361 Ärzte mit Genehmigung, 2014 waren es nur noch 325. Noch deutlicher ist die negative Entwicklung bei den tatsächlich substituierenden Ärzten: Da nahm die Anzahl von 320 auf 251 ab – und dies obwohl im gleichen Zeitraum die Anzahl der Substitutionspatienten von 7713 auf über 9800 zu.

Diese unzufrieden stellende Behandlungssituation müssen wir gemeinsam verbessern und sehen, wie wir eine bessere Betreuung ermöglichen können. Schließlich sind auch Menschen in Substitutionsbehandlung Patienten mit einem Anspruch auf ein bestmögliches und erreichbares Versorgungsangebot in ihrer Umgebung.

Darüber hinaus konnten wir aus dem gewinnbringenden Fachgespräch viele weitere Punkte ausmachen, die die Situation bei der Substitutionsbehandlung für Ärzte, Therapeuten und Therapierte schwerer gestalten, als dies in unseren Augen notwendig ist. Auch hier wollen wir in den nächsten Monaten sehen, wie wir die Substitutionsbehandlung für alle Beteiligten sach- und praxisgerecht gestalten und erleichtern können.

Dabei gilt für vor allem eine Maxime: Nicht nur Repression, sondern Prävention, Gesundheitsschutz und Schadensminimierung sind die Säulen, auf denen eine erfolgreiche Suchtpolitik, die die gesamte Gesellschaft, aber auch jeden einzelnen Menschen stärken und unterstützen.

Und der Mensch muss für mich immer im Mittelpunkt des politischen Handelns stehen.

Daher möchte ich an dieser Stelle nochmals das Zitat ins Gedächtnis rufen, welches ich bereits am Anfang angeführt hatte:

Ich fürchte nicht den Tod, der mich zu nehmen kündigt;

Ich fürchte mehr den Tod, der mir die Meinen nimmt.

Ich denke, dass die Zeilen zeigen, dass wir in Politik und Gesellschaft gemeinsam den heutigen Tag zum Anlass des Gedenkens und des Mahnens nehmen müssen.

Ein Gedenken an die verstorbenen Drogenkonsumenten.

Ein Mahnen, dass wir all jenes in Angriff müssen, damit wir keine Menschen unserer Gesellschaft mehr verlieren, die Opfer einer Suchtpolitik werden, die Situation und Bedürfnisse der Drogenkonsumenten nicht ausreichend berücksichtigt.

Wenn wir uns jedoch um diese Menschen und ihre Anliegen kümmern, müssen wir ihren Tod nicht mehr so fürchten. Da wir zumindest einen wichtigen Beitrag leisten können jene Tode zu verhindern, die vermeidbar gewesen wären. Denn nur wenn wir das Leben der Drogenkonsumenten akzeptieren, können wir das unnötige Sterben verhindern.